

schosse erhöht werden kann. So wurden die Haubitzen immer größer und zuletzt sprach EZB-Präsident Mario Draghi gar von der »Dicken Berta«, die er brauche, um die Schlacht gegen die Währungsspekulanten zu gewinnen.

Das war eine Reverenz an die Deutschen, denn die hatten das Riesengeschütz im Ersten Weltkrieg eingesetzt und ihre Gegner damit in Angst und Schrecken versetzt. Wo die 42 cm-Granaten der »Dicken Berta« einschlugen, blieben nur noch rauchende Trümmer. Ein solches überschweres Geschütz, so Draghi, brauche man jetzt, und, was die Deutschen vor 100 Jahren zu finanzieren vermochten, so der Hintersinn des Sprachbildes, werde ihnen heute doch wohl ein Leichtes sein. Das Problem mit der »Dicken Berta« war freilich, dass sie im August 1914 noch nicht einsatzbereit war und man österreichische Mörser heranzuführen musste, um die Forts der belgischen Festung Lüttich sturmreif zu schießen. Und vor allem: Am Schluss haben die Deutschen trotz der »Dicken Berta« den Krieg verloren.

Schlimmer noch: Nicht nur der Krieg, sondern auch die Krieganleihen waren verloren. Der deutsche Staat hatte bei seinen Bürgern Schulden, die er nie würde begleichen können. Er entledigte sich ihrer durch die Inflation. Ob Draghi das gemeint hat?

Politische Metaphern haben ihren Preis, und der besteht nicht bloß darin, dass sie keineswegs so evident und elegant sind, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Und oft haben sie, wenn man sie zu Ende erzählt, etwas Subversives, zumindest Aufklärendes. Von der »Dicken Berta« bis zur Infektionsgefahr legen sie etwas ganz anderes nahe, als dies von denen, die sie lanciert haben, beabsichtigt worden ist. Und im Falle der Brandmauern verweisen sie auf die Versäumnisse derer, die den Euro eingeführt haben. Man sollte sich von der Politik nicht mit ein paar hingeworfenen Metaphern abspesen lassen, sondern diese gründlich zerkauen und auf der Zunge zergehen lassen. Talkshows wären dafür eigentlich ein guter Ort. Man muss sie bloß dafür nutzen. ■

Mathias Greffrath

In guter Verfassung?

Über Grundwerte und Gerechtigkeit

Der Verfassungsschutz kommt aus den Schlagzeilen nicht heraus. Fahndungs-pannen, Desorganisation der Behörde, mangelnde Koordination zwischen Bund und Ländern, dubiose Aktenvernichtung: Die Häufung von Ungereimtheiten nährt bereits die Forderung nach Abschaffung des Amtes. In dieser Situation träumt unser Autor von einem Verfassungsschutz der Zukunft.

Mathias Greffrath

(* 1945) ist Soziologe und Journalist. Er arbeitet für DIE ZEIT, die tageszeitung und ARD-Anstalten. Er lebt in Berlin.



Greffrath@aol.com

Es geht um unser Überleben, und deshalb müssen wir umdenken«, sagte der Mann, dessen Identität ich hier nicht lüften will. Ohnehin waren die Umstände unseres Zusammentreffens mysteriös. Aber ich will von vorne anfangen.

Am Abend hatte ich bis spät in die Nacht das Internet-Portal des Verfassungs-

schutzes studiert, angeregt durch die skandalöse Panne bei den Neo-Nazi-Morden und einen Artikel, der die Auflösung der Kölner Behörde forderte. Danach hatte ich noch einen Krimi angefangen, und war darüber eingeschlafen.

Gegen Morgen riss mich mein Handy aus dem Schlaf, jedenfalls kam es mir so vor. Der Anrufer hatte eine dunkle, vertrauenerweckende Stimme. Aus meinen Netzkontakten, so sagte er, habe er den Eindruck, auch ich sei wohl der Meinung, das Amt für Verfassungsschutz gehöre abgeschafft.

Ich war konsterniert. Woher haben Sie denn meine Nummer, fragte ich ihn. Er schwieg. Und mit einem Schlag stand mir der Satz wieder vor Augen, den ich auf der Website des Amtes gelesen hatte: »Diese Website benutzt einen Webanalysedienst, welche die Analyse der Benutzung der Website durch Sie ermöglicht. Dabei wird Ihre IP-Adresse erfasst. Zweck der Erfassung ist es, Ihre Nutzung der Website auszuwerten.«

Alles klar, dachte ich, wäre ja auch ein Wunder, wenn's anders wäre, und fragte den Anrufer, was ich für ihn tun könne.

»Wir vom Amt«, so kam es sonor aus dem Hörer, »denken naturgemäß nicht an eine Auflösung unserer Behörde. Als sozial denkender Mensch (auch das wusste er also schon!) werden Sie das verstehen: da hängen allein in der Zentrale fast dreitausend Arbeitsplätze dran, und dann die Familien. Aber eigentlich wollte ich mit ihnen darüber reden, wie ein zeitgemäßer Verfassungsschutz aussehen müsste.«

Wir verabredeten uns zu einem Informationsgespräch. Das Treffen fand an der Heckreling einer Fähre der Berliner Stern- und Kreisschiffahrt statt (das ist natürlich ein Klassiker, aus Film und Fernsehen vertraut, aber immerhin), der Mann trug weder Schlapphut noch Trenchcoat, nur eine Sonnenbrille. Er war jünger, als ich mir vorgestellt hatte, und kam gleich zur Sache: »Sehen Sie«, sagte er, nachdem er sich umgesehen hatte, »unser Dienst braucht einen Men-

talitätswechsel und einen Modernisierungsschub. Uns Jüngeren im Amt geht es darum, pro-aktiv zu arbeiten. So, dass Verfassungseindschaft gar nicht erst entsteht.«

»Pro-aktiv?« wiederholte ich.

»Wissen Sie« – er ließ seinen Blick über das graue Wasser schweifen – »wissen Sie, wir denken, es ist falsch, die Menschen, die wir beobachten, als Kriminelle zu betrachten, und nicht als metaphysisch Irgeleitete.«

»Metaphysisch?« wiederholte ich.

»Ja, die reden ja auch alle von Demokratie, oder irgendeiner Art von Volksherrschaft, aber sie setzen alle dogmatisch irgendein höheres Prinzip voraus. Bei den Islamisten ist das der Prophet, bei den Marxisten das Gesetz des Klassenkampfes, bei den Anarchisten das absolut gesetzte Individuum, bei den Rechtsradikalen irgend ein verschwiemeltes Volkstum. Eigentlich sind sie alle wertegeleitet, aber eben nicht demokratisch.«

Wieder schwieg ich, auch wenn es mir schwer fiel.

»Aber die Demokratie«, er dachte kurz nach, »die Demokratie verträgt keine Gewalt, die den einzelnen Individuen übergeordnet ist. Eine solche, ich nenne es metaphysische Begründung, birgt immer totalitäre Gefahren.«

»Und die europäische Wertegemeinschaft?« warf ich ein.

»Nein, das ist mir zu feiertagsredenmäßig, und jeder versteht darunter etwas anderes«, sagte mein Gesprächspartner. Er steckte sich eine filterlose Zigarette an, wobei er sich wieder knapp umsah, »nein, ich bin für etwas sehr Pragmatisches: Real existierende Demokratie beruht auf Mehrheitsbildung. Und die Teilhabe aller Einzelnen ist die Voraussetzung legitimer Mehrheitsentscheidungen. Mehr brauchen wir nicht.«

Ich gab meine Zurückhaltung auf. »Aber können Mehrheiten nicht furchtbar danebengehen«, hielt ich ihm entgegen, »ich sage nur Ermächtigungsgesetz, Bush, Berlusconi, Gläubigerrettungsschirm, Mediendemokratie.«

»Ja«, sagte er, »so was sind Fehler, die sich einschleichen, wenn die Demokratie noch nicht voll entwickelt ist. Das heißt« – er unterbrach sich und nahm für einen kurzen Augenblick seine Sonnenbrille ab, seine Augen waren grün – »das heißt, die Demokratie und ihre Bürger. Das hängt zusammen. Wenn die Bürger nicht voll entwickelt sind, dann ist es auch die Demokratie nicht.«

»Und«, fragte ich, »gibt es dafür ein Kriterium? Für diese ›volle Entwicklung‹?«

»Ja, sehen Sie« – jetzt redete er sich in Fahrt – »sehen Sie, Demokratie sichert die Menschenwürde, aber sie beginnt doch damit, dass ihre Bürger, und zwar alle, eine ›menschwürdige Existenz‹ führen können. Menschen, die Angst vor der Zukunft, um ihre Wohnung, ihren Arbeitsplatz haben, können keine aktiven Bürger sein. Sie erschöpfen sich in der Sorge um ihr krudes physisches Leben, und das hat – trotz aller Spielzeuge, Textilien und Elektronik aus China – eher den Charakter eines animalischen Überlebenskampfes. Nur wer sein Leben in der Hand hat, kann demokratischer Vollbürger sein, das haben wir doch von den Griechen gelernt, oder?«

»Sie meinen, die Demokratie hat die Aufgabe, sozialpolitischen Ausgleich zu schaffen ...« nahm ich seinen Gedanken auf. »Nein, nein«, er wurde laut und unterbrach mich. »Nein, genau andersherum. Eine bezahlbare Wohnung, gleiche Medizin für alle, und vor allem das Recht auf eine Arbeit, von der jemand leben kann, ohne Almosen, das ist keine Sozialpolitik, das ist eigentlich gar nicht verhandelbar, sondern das sind Mindestvoraussetzungen, damit Demokratie ihrem inneren Anspruch genügt. Oder nehmen wir unsere zweitkostbarste Freiheit, die Meinungsfreiheit. Meinung zu haben, und Meinung zu sagen. Was ist die denn wert, wenn es keine Meinungserarbeitungsfreiheit gibt? Wenn ich nicht in der Lage bin, zu urteilen und mich zu artikulieren? Und dann sehen Sie sich mal unsere Schulen an und die Medien ...«

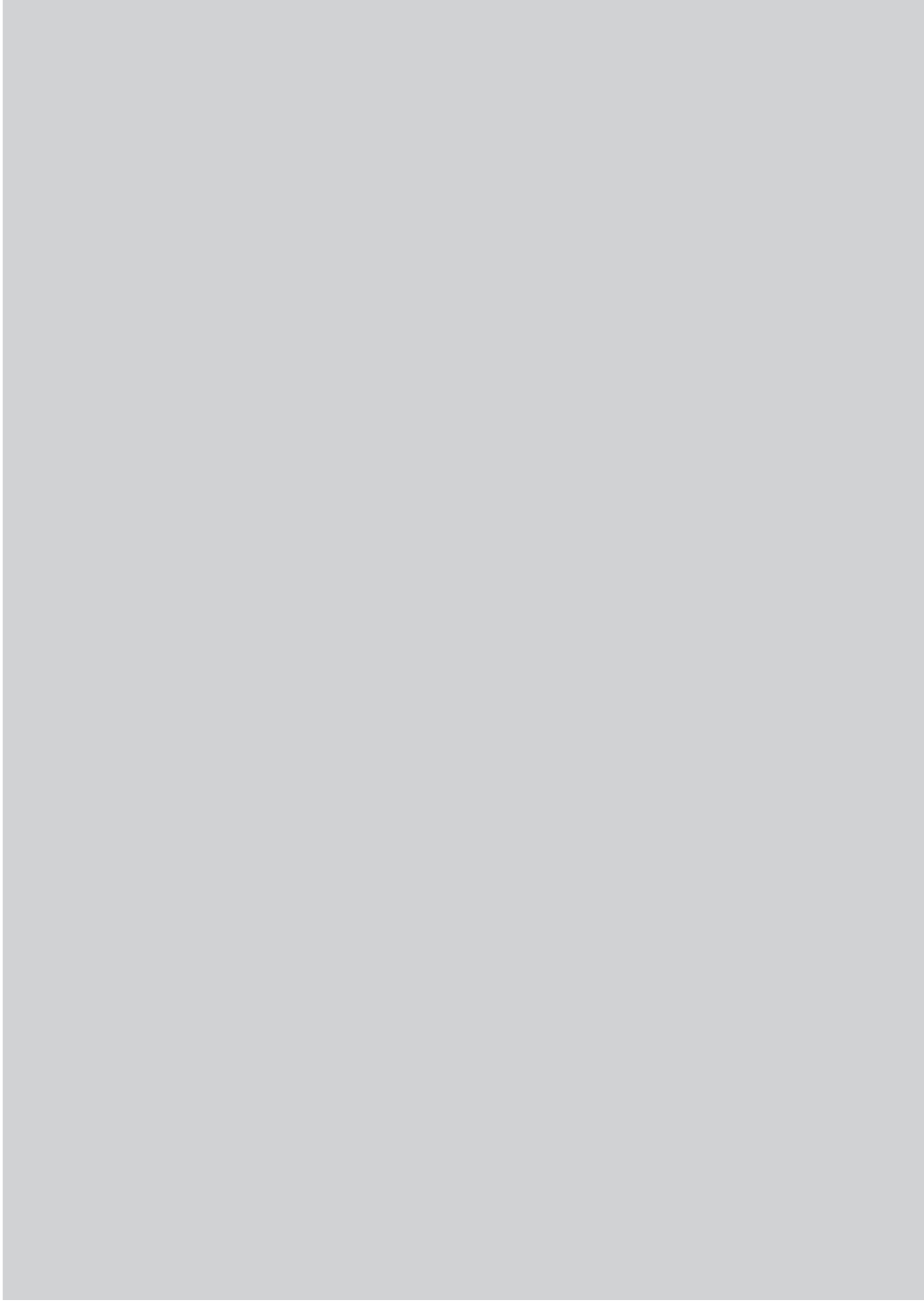
Die Verfassung als Arbeitsauftrag

Die Fähre legte an, Passagiere stiegen aus; wir blieben an Bord und fuhren über die Havel zurück. Es bedürfe wohl mehrerer Revolutionen, gab ich zu bedenken, um das durchzusetzen, was mein Verfassungsschützer grade als »realistisches Minimalverständnis von Demokratie« definiert hat.

Er lachte: »Ja, ja, da haben Sie ganz recht, ich würde es nur so sagen: die Französische Revolution, die uns alle zu gleichberechtigten Bürgern machen sollte, die ist immer noch im Gange. Unsere Verfassung ist kein Endzustand – das sagt ja sogar Weizsäcker – sondern ein Arbeitsauftrag. Nehmen Sie nur Artikel 3 über die Gleichheit der Lebenschancen, das ist doch über weite Strecken noch politische Poesie, oder Artikel 6: Spüren Sie etwas von dem ›besonderen Schutz‹, den der Staat den alleinerziehenden Müttern und den Kindern angedeihen lässt – angesichts von hunderttausenden von Kindern in Armut? Nein, lieber Herr« – das klang nun sehr pathetisch – »Verfassungsschutz, das heißt doch hier und heute nicht, den Staat zu schützen, gegen Menschen, die ihn abschaffen wollen, sondern es geht darum, das Grundgesetz durchzusetzen, gegen diejenigen, die kein Interesse daran haben. Das nennen wir in unserer Gruppe pro-aktiven Verfassungsschutz. Und vom dicksten Brocken habe ich noch gar nicht gesprochen: Artikel 14: Der Gebrauch des Eigentums soll dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Wenn die größte deutsche Bank mit Lebensmitteln spekuliert, statt den Unternehmen zu dienen, dann haben wir Verfassungsschützer *hier* wirklich eine Aufgabe, da müssten wir dringend mal vorbeischaun ...«

»Stopp stopp«, unterbrach ich ihn, »was sagt denn die Leitung Ihrer Behörde zu Ihrer Vorstellung von Verfassungsschutz?«

»Tja«, er grinste, »tja, das ist das Delikate, und deshalb habe ich Sie angerufen. Zurzeit sind wir Modernisierer zwar hochmotiviert, aber eine Minderheit, und so-



lange unsere neue Strategie nicht von der Leitung geteilt wird, sind wir deshalb zum Outsourcen übergegangen. Wir sind schon tätig, an vielen Orten, aber in der Öffentlichkeit werden uns diese Aktivitäten nicht zugerechnet ...«

Jetzt fiel der Groschen bei mir: »Und deshalb haben Sie mir dieses Treffen vorgeschlagen ...«

»Genau«, sagte er, und legte mir die Hand auf den Arm, »wir würden Sie gern als informellen Mitarbeiter gewinnen, für den pro-aktiven Verfassungsschutz. Sie müssen sich nicht jetzt entscheiden«, fügte er noch schnell hinzu, denn die Fähre legte an, »aber denken Sie mal drüber nach«.

Wir gingen von Bord, ich drehte mich nach ihm um, aber der Mann mit der Sonnenbrille war schon in der Menge der Ausflügler verschwunden.

Doch schon bald sah ich ihn wieder. Jedenfalls kam es mir so vor. Der Typ, der in dem Zelt vor der Deutschen Bank Kaffee eingoss, während die anderen die Transpa-

rente ausrollten, war er das nicht? Der Taxifahrer, der den Sozialanwalt mit seiner Klage gegen die Unterprivilegierung der Familien vorm Verfassungsgericht absetzte – sah der ihm nicht ähnlich? Der Mann, der an meiner Tür klingelte und eine Unterschrift gegen die Privatisierung des Wassers wollte, trug der nicht genau so eine Sonnenbrille?

Und während ich am Morgen über all das nachdachte, klingelte es wieder hart an meiner Tür, und eine sonore, sympathische Stimme rief: »Wir brauchen Sie mal eben ...«

Nein, es war nicht der Verfassungsschutz, es war der Klempner, und man soll eben nicht bis spät in die Nacht im Internet herum surfen, und schon gar nicht auf der Seite des Verfassungsschutzes. Da kommen dann solche Träume dabei raus.

Aber als ich meinen Kaffee kochte, ertappte ich mich, wie ich vor mich hinhinmurmelte: »Pro-aktiv, pro-aktiv?« Und ich zog meine Bilanz als Bürger, und, wenn Sie's wissen wollen: Sie fiel nicht glänzend aus. ■

Hanjo Kesting

Aufklärer ohne Hoffnung

Zum 100. Geburtstag von Jean Améry

Nach 642 Tagen in deutschen und französischen KZs war der vormalige Auschwitz-Häftling Nr. 172364 am 15. April 1945 zusammen mit etwa 40.000 anderen Häftlingen in Bergen-Belsen befreit worden. »Mit 45 Kilogramm Lebendgewicht und einem Zebra-Anzug« stand er nun wieder in der Welt. Selten ist die Legende von der angeblichen »Stunde Null« 1945 eindrücklicher widerlegt worden als vom Leben und Werk Jean Amérys. Im Oktober jährt sich sein Geburtstag zum 100. Mal.

Hanjo Kesting

(* 1943) ist Kulturredakteur dieser Zeitschrift. Zuletzt erschien bei Wallstein: *Grundschriften der europäischen Kultur. Erfahrungen, woher wir kommen.*



Eine Erinnerung vorab. Im Mai 1977 erhielt Jean Améry den Lessing-Preis der Freien und Hansestadt Hamburg. Der 13 Jahre ältere Axel Eggebrecht sprach die Laudatio; er sagte: »Wie sehr bedürfen wir glaubhafter, redlicher, durch ihr ganzes Leben autorisierter Mahner. Solcher, die uns warnen, ohne uns zu entmutigen. Sie sind